

SORA-Institut zeigt, dass im Drittel mit den niedrigsten Einkommen 59 Prozent eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit wahrnehmen, im obersten Drittel sind es 23 Prozent. Auch bei Kindern zeigen sich die dramatischen Folgen der langen Krise. Laut einer aktuellen Studie der Donau-Universität Krems weisen etwa 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Burschen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf. Dass Therapieplätze begrenzt und kostspielig sind, verschärft die Lage weiter.

Schieflage bei Vermögen wächst weiter

Für einige wenige brachte die Corona-Pandemie aber auch gute Nachrichten. Vor allem die Vermögenden konnten in den beiden Krisenjahren eine positive Bilanz ziehen. Weltweit stieg die Zahl der Milliardär*innen seit Anfang 2020 laut dem US-Magazin Forbes um 660 auf 2.755 Superreiche. Das Vermögen des Amazon-Gründers Jeff Bezos wuchs durch den florierenden Online-Handel um mehr als 60 Milliarden Dollar, Tesla-Gründer Elon Musk versechsfachte sein Vermögen allein im Pandemiejahr 2020 auf unvorstellbare 150 Milliarden Dollar. Die reichsten Menschen der Welt wurden trotz Krise also noch wohlhabender.

Aber auch in Österreich vergrößerte sich der Besitz der Reichsten kräftig. Laut dem Magazin „trend“ wuchsen die Vermögen der 100 reichsten Österreicher*innen zwischen 2020 und 2021 um 15 Prozent, während viele Menschen wegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihre letzten Reserven anzapfen mussten. Indessen lassen es sich die Manager*innen der heimischen Großkonzerne gut gehen. Das durchschnittliche Vorstandsgehalt der im Börsenindex ATX gelisteten Unternehmen wuchs trotz Krise um 4 Prozent auf 1,9 Millionen Euro. Das ist das 57-fache des mittleren Einkommens in Österreich. Zahlreiche große Unternehmen schütten ungeachtet von Per-

sonalabbau und Inanspruchnahme von Staatshilfen schon wieder hohe Dividenden aus. Das Vermögen der Reichsten scheint somit immun gegenüber der Pandemie.

Schon vor der Corona-Krise war die Vermögensungleichheit in Österreich sehr hoch. Das belegt eine 2017 in rund 3.000 Haushalten durchgeführte Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank. Schätzungen auf Basis dieser Daten ergeben, dass das reichste Prozent der Bevölkerung in Österreich rund 40 Prozent des Vermögens besitzt. Die Zahlen offenbaren ein extremes Ausmaß der Ungleichheit: Die reichsten 10 Prozent halten zwei Drittel des Vermögens, die untere Hälfte der Bevölkerung hat gemeinsam nicht einmal 3 Prozent des Vermögens. In kaum einem anderen europäischen Land ist die Konzentration von Vermögen so groß wie in Österreich.

Öffentliches Vermögen und gerechte Steuerpolitik nötig

Es gibt vielerlei Gründe für Vermögensungleichheit, wobei zwei Faktoren in Österreich eine wichtige Rolle spielen: Einerseits das breite öffentliche Vermögen des Sozialstaats und andererseits die mangelnde Umverteilung von Vermögen durch die Steuerpolitik. Ein gut ausgebauter Sozialstaat ermöglicht der breiten Bevölkerung einen hohen Lebensstandard ohne großen privaten Vermögensbesitz. Sozialer Wohnbau, öffentliche Verkehrsnetze, hochwertige Bildungseinrichtungen oder die öffentliche Gesundheits- und Altersvorsorge befreien viele Menschen von der Notwendigkeit, privates Vermögen zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse anzusparen. Zum Beispiel wohnt in Österreich mehr als die Hälfte der Haushalte zur Miete, in der Slowakei besitzen fast 90 Prozent ein Eigenheim. Während die Vermögensungleichheit in Österreich so hoch ist wie fast nirgendwo in Europa, sind die vermögensbezogenen Steuern aber so niedrig wie kaum woanders. Hier-

zulande stammen nur 1,3 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus Vermögen, im OECD-Durchschnitt der Industrieländer sind es 5,7 Prozent. Während Steuern und Abgaben auf Arbeit den Löwenanteil am Steuerkuchen ausmachen, tragen Vermögen also nur sehr wenig bei. Dabei zeigen Berechnungen, dass Steuern auf sehr hohe Vermögen von über einer Million Euro nur knapp 4 Prozent aller Haushalte betreffen und trotzdem ein Einkommen in Milliardenhöhe erzielt werden könnte. Mit diesen Mitteln könnten wichtige Zukunftsinvestitionen in den Sozialstaat getätigt werden, die allen Menschen zugutekommen und die soziale Ungleichheit reduzieren.

Die Politik ist nun gefordert, die durch die Corona-Pandemie verschärfte soziale Ungleichheit rasch zu reduzieren. Einige Reiche wurden noch reicher, während die breite Bevölkerung mit Arbeitslosigkeit, Heimunterricht und Zukunftssorgen zu kämpfen hat. Die gewählten Entscheidungsträger*innen haben noch keine Rezepte für eine sozial gerechte Krisenbewältigung in Aussicht gestellt und es droht eine Verfestigung der Ungleichheit über Generationen hinweg. Dementsprechend zeigt der jüngste Demokratieindex von SORA besorgniserregende Vertrauenswerte in die Politik: im ökonomisch untersten Drittel teilen nur noch drei von zehn Personen die Überzeugung, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das verlorene Vertrauen kann durch fortschrittliche Wirtschaftspolitik zurückgewonnen werden, die mit Bedacht auf soziale Gerechtigkeit den Ausbau des öffentlichen Vermögens für alle, die Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung, sowie die Bekämpfung von Überreichtum und seinen schädlichen Nebenwirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft vorantreibt.

*Dr. Matthias Schnetzer,
Ökonom Arbeiterkammer Wien*

Klimaziel: Frieden

Viele Ursachen des Klimawandels sind weithin bekannt. Die Frage nach dem Zusammenhang von Krieg, Militär und Umweltkrise sind wenig thematisiert. Wir sehen genauer hin.

Klima und unser Lebensstil, Klima und Industrie, Klima und Wirtschaft – schon lange ist klar, dass die Treiber der Klimakatastrophe mit dem menschlichen Alltag verknüpft sind. Wie wir arbeiten, wirtschaften, reisen und uns fortbewegen, all das wird immer wieder thematisiert und herausgestrichen.

(Viel zu) Langsam findet auch eine andere Assoziation Eingang in die Debatte: Klima und Gerechtigkeit bzw. gleich „Klimagerechtigkeit“. Wer trägt den größeren Anteil an der Situation? Wer nimmt sich noch schnell und mit wenig Rücksicht auf weitere Zuspitzung der Klimakatastrophe ein großes Stück vom rapide schrumpfenden Kuchen Rohstoffe/Land/Lebensqualität? Und wer spürt schon jetzt die klimatischen Auswirkungen der Veränderung? Während viele Menschen auf der ganzen Welt auf die Straße gehen, allen voran junge Menschen, die Angst um ihre Zukunft haben und von der Politik drastische Schritte einfordern, spekulieren andere auf Rohstoffe, die zugänglich werden, wenn „Ewiges Eis“ schmilzt und rüsten sich und ihre Heere lieber gegen die Folgen der Klimakatastrophe – z. B. Ressourcenknappheit und Menschen, die aufgrund des Klimawandels flüchten müssen – anstatt alles zu tun, um zur Erreichung der Klimaziele beizutragen. Der Beitrag, den steigende Investitionen in den Militärapparat an der Klimakatastrophe selbst haben, wird dabei außen vor gelassen. Das geht sogar so weit, dass die USA schon beim Kyoto Protokoll 1998 eine Ausnahme von der Berichtspflicht über die Emissionen des Militärs reklamierten, die sich bis heute hält. Gerade darum lohnt es sich besonders hinzuschauen und die verschiedenen Zusammenhänge von Militär und Klima zu thematisieren.

Klimazerstörung im Gefecht

Bei den Auswirkungen auf das Klima

im Krieg geht es zum einen um die *direkten Emissionen von Militäroperationen*. Ob Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Kriegsschiffe, Panzer, Lastkraftwagen oder sonstige Fahrzeuge, sie alle verbrauchen Millionen Tonnen fossilen Treibstoffes.

Die indirekten Emissionen von Kriegen sind schwer messbar, sie wirken aber noch lange nach dem Ende eines bewaffneten Konflikts. Zu ihnen zählen unter anderem:

- ⇒ Die Verschmutzung von Meeresökosystemen und Böden durch Öl und Abwässer.
- ⇒ Kläranlagen sind nicht funktionsfähig, informelle Mülldeponien werden errichtet oder der Müll wird im Freien bzw. in Verbrennungsgruben verbrannt.
- ⇒ Die Abholzung von Wäldern zur Gewinnung von Brennholz, wenn die Energieversorgung im Kriegsgebiet teilweise oder ganz zusammenbricht, oder zur Versorgung der Menschen in Lagern für Geflüchtete.
- ⇒ Das händische Raffinieren von Öl, um fehlende Energieversorgung zu ersetzen. Die dabei verwendeten Methoden sind wegen fehlender Technologie extrem umwelt- und klimabelastend.
- ⇒ Langanhaltende Konflikte können dazu führen, dass veraltete, klima- und umweltschädliche Technologien weiterverwendet werden. Dies betrifft besonders den Energie- und den Abfallsektor.
- ⇒ Die Zerstörung oder Aufgabe landwirtschaftlicher Flächen, die Vergrößerung kahler Flächen, Bodenerosion und die Trockenlegung von Sümpfen (die besonders gute CO₂-Speicher sind) führen zu erhöhten Emissionen.
- ⇒ Länder, die vom Krieg betroffen sind, werden von internationalen Prozessen und Projekten für den

Mag.^a Lucia Hämmerle,
Internationaler Versöhnungsbund –
österreichischer Zweig

Klima- und Umweltschutz ausgeschlossen.

- ⇒ Der Verlust staatlicher Kontrolle über Rohstoffe an nicht-staatliche bewaffnete Gruppen kann zu extrem klima- und umweltschädlicher Rohstoffgewinnung führen.
- ⇒ Beim Wiederaufbau zerstörter Städte und Dörfer wird meist nur an die monetären Kosten gedacht. Dabei verursacht die Beseitigung von Schutt zerstörter Gebäude bzw. deren Wiederaufbau ungeheure Treibhausgasemissionen.
- ⇒ Die Räumung der Rückstände des Krieges wie Landminen, abgereichertes Uran, zerstörtes Kriegsggerät inkl. Giftstoffe etc.

Auch abseits des Gefechtes belasten militärische Aktivitäten die Umwelt. Hierbei muss man nur an die Erhaltung großer Kasernen und Militärbasen in „Friedenszeiten“ oder die ressourcenintensive Ausstattung denken. Vor allem die Belastung durch Rüstungsgüter ist vielfältig und schwerwiegend: Beginnend beim Abbau der Rohstoffe über die Emissionen bei der Produktion in Rüstungsfabriken, Anwendung und Gebrauch durch das Militär, die Außerbetriebnahme bis zur Entsorgung.

(Wir haben keine) Ressourcen für das Militär

Auf fast zwei Billionen US-Dollar beliefen sich die Militärausgaben im Jahr 2020. Das sind wieder 2,6 Prozent Steigerung im Vergleich zu 2019 und die höchsten Militärausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges. Schon lange versuchen Friedensorganisationen darauf aufmerksam zu machen, wie bedeutend der Einsatz dieses Geldes für soziale und ökologische Belange weltweit wäre und wie dringend auch nur ein geringer Prozentsatz der Ressourcen, die ins Militär gesteckt werden, für Bildung und Nahrungssicherheit gebraucht würden.

Unverständlich ist diese Steigerung der Ausgaben und Investitionen auf der Rüstungsseite auch angesichts der Tatsache, dass die Prävention der Klimakrise massiv untersubventioniert ist. Hinzu kommt, wie eingangs erwähnt, dass Berichte über die Treibhausgasemissionen des Militärs freiwillig sind und den jeweiligen Ländern obliegen. Und das obwohl allein das US-Militär durch den Treibstoffverbrauch und andere CO₂-Emissionen den ökologischen Fußabdruck eines mittelgroßen Landes hat.

Der technologische Fortschritt, der oft als die Lösung der Klimakatastrophe abseits des Verzichts propagiert wird, spielt dabei auch eine Rolle. Ein Beispiel ist der Abbau und Verbrauch von Seltenen Erden. Sie werden z. B. bei der Herstellung von Computern, LCD-Bildschirmen und „grünen Technologien“ (Windkraft, Elektroauto, etc.) eingesetzt, sind aber auch in militärischen Technologien verbaut. Germanium findet z. B. Anwendung in der Waffenherstellung und in der Infrarotoptik, Zirkonium ist Teil einiger Munitionssorten, Gadolinium findet man in Atom-U-Booten. Beim Bergbau spielen Belastungen für Umwelt und Mensch immer eine Rolle (Rodung von

Wäldern, Vernichtung von Ackerland und Lebensraum, enormer Wasserverbrauch). Beim Abbau bestimmter Rohstoffe fallen große Mengen an giftigen Rückständen an, die viele Gefahren, bis hin zur Möglichkeit des Ausretrens von Radioaktivität in Luft oder Wasser, bergen.

Klimakrise und Ressourcenkriege

Dass es in naher Zukunft möglich sein wird, den Abbau von Rohstoffen weniger problematisch zu gestalten, ist unwahrscheinlich. Beispielsweise ist allein der Wasserverbrauch beim Abbau von Rohstoffen enorm, und Wasser wird in Zukunft Mangelware sein. Insofern wäre eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs angesagt als Voraussetzung sowohl für einen tatsächlich nachhaltigen Klimaschutz als auch für einen nachhaltigen Frieden in den rohstoffreichen Gebieten der Erde.

Um die Nachfrage nach Rohstoffen zu decken, hat die EU-Kommission bereits 2008 bzw. 2011 eine „Rohstoffinitiative“ ausgearbeitet. Die Schwerpunkte liegen auf Recycling von Rohstoffen, der Entwicklung von alternativen Stoffen, dem Abbau von

Rohstoffen innerhalb der EU und dem Zugang zu Rohstoffen in Drittländern, wobei die meisten dieser Länder dem Globalen Süden zuzurechnen sind. Zur Durchsetzung werden Freihandelsabkommen und Entwicklungspolitik eingesetzt. Die EU setzt aber nicht nur wirtschaftliche Druckmittel für den Zugang zu Rohstoffen und die Sicherung der Transportwege ein, sondern bedient sich auch militärischer Instrumente. Beispiele dafür sind das Horn von Afrika, der Tschad oder die Demokratische Republik Kongo.

Dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Ernährungssicherheit, die Versorgung mit Strom zu Problemen werden können, wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert. Auch nicht die möglichen gewaltsamen Konflikte und zwischenstaatlichen Kriege, die daraus entstehen können. Dies müssen wir aber zum Thema machen, um zu begreifen, dass Klimaktivismus auch Friedensaktivismus ist und der Einsatz für den Frieden ein Beitrag zu den Klimazielen.

Texte, Quellenangaben und Medien unter: <https://www.versoehnungsbund.at/klimaziel-frieden/>

Besser (ver-)teilen – besser leben

Sa., 2. April 2022 | 9 bis 13 Uhr

Diözesanhaus Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Überfüllte Intensivstationen, demonstrierendes Pflegepersonal, überlastete Eltern (vorwiegend Mütter) und Hilferufe ganzer Länder, die zu wenig Impfstoff erhalten. Die Verteilung des Vermögens, der Chancen und der Arbeitslast ist enorm ungerecht.

Wir wollen genauer hinsehen:

- > Wie sieht die Vermögens- und Chancenverteilung in Österreich aus?
- > Wie prekär ist die Situation im Care-Bereich:
Wie ungleich verteilt ist die Arbeitslast?
- > Was lässt sich auf internationaler Ebene erkennen:
Wie gerecht sind Vermögen und Bildungschancen hier verteilt?
- > Wie können wir aktiv und konkret als Einzelne und Gesellschaft zu einer gerechteren Verteilung von Bildung, Vermögen und Arbeitsbelastung beitragen?

Anmeldung erforderlich: <https://www.dioezese-linz.at/soziales>



Referent*innen

Workshops und Impulsvorträge:

Anja Appel,

KOO der Bischofskonferenz –
International

Philipp Gerhartinger,

Arbeiterkammer OÖ – *National*

Maria Langmaier,

Katholische Frauenbewegung
Österreich – *Care*

Katja Winkler,

Katholische Privatuniversität
Linz – *Theologie*

Gefördert aus Mitteln



Tansania: Erste Präsidentin – Neubeginn?

Erstmals wird Tansania von einer Frau regiert. Ein Großteil der Bevölkerung hofft auf Reformen und eine Vergrößerung des demokratischen Spielraums.

*Erick Ishengoma,
Politikwissenschaftler*

Die erstmalige Vereidigung einer Frau als Präsidentin von Tansania ist ein wichtiges Zeichen der Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern. Die politische Karriere von Samia Suluhu Hassan beginnt in den 1970er Jahren, in denen sie als Beamtin für verschiedene Regierungsämter arbeitete. Im Jahr 2000 hatte sie erstmals einen Parlamentssitz in Sansibar inne, bis sie schließlich 2015 zur Staatsministerin und Vizepräsidentin ernannt wurde. Es war das erste Mal in der Geschichte Tansanias, dass eine Frau für den Posten als Vizepräsidentin nominiert wurde. Neben der äthiopischen Präsidentin Sahle-Work Zewde ist sie derzeit die einzige Frau an der Spitze eines afrikanischen Staates.

Die Präsidentin stammt aus dem halbautonomen Teilstaat Sansibar. Den dortigen Bewohner*innen eilt im Unionsstaat Tansania ein positiver Ruf voraus, von dem die amtierende Präsidentin profitiert. Sie wird als authentische Persönlichkeit charakterisiert.

Viele Menschen hoffen auf die Wiedererlangung gewisser Freiheiten, da sie in einer Reihe von Fragen im Gegensatz zum früheren Präsidenten John Pombe Joseph Magufuli steht, der z. B. die Freiheit der Massenmedien und der sozialen Medien einschränkte. Es ist zu erwarten, dass eine Reihe von bürgerlichen Freiheiten wiederhergestellt werden, z. B. durch die Aufhebung des Verbots für Oppositionsparteien, Kundgebungen abzuhalten, die Abschwächung der Kontrolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Kritiker*innen in den sozialen Medien, und dass das spurlose Verschwinden von Kritiker*innen aufhört.

Verfassungsentwicklung

Im Jahr 2014 initiierte der damalige Präsident Jakaya Kikwete eine kon-

stitutionelle Versammlung, um eine neue Verfassung zu erarbeiten. Suluhu Hassan war deren stellvertretende Vorsitzende. Sie leistete im Rahmen der Versammlung großartige Arbeit und wurde in der tansanischen Politik populär. Die Partei nominierte sie schließlich neben Magufuli für die Präsidentschaft. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass Suluhu Hassan jetzt die damals vorgeschlagene Verfassung unterschreibt. Die geltende begünstigt sie in allen politischen Bereichen, während die von der konstitutionellen Versammlung entworfene ihre Macht einschränken und anderen politischen Parteien Freiheiten und Rechte gewähren würde, einschließlich der Bildung einer unabhängigen nationalen Wahlkommission.

Die Verfassungsänderung scheitert daran, dass die geltende die amtierende Partei begünstigt. Denn die Verfassung überträgt dem/der Präsident*in des Landes sehr viel Macht. Er/Sie ernannt alle hochrangigen Führungskräfte vom/von der Premierminister*in bis zu den Direktor*innen der staatsnahen Firmen, die in den meisten Fällen Parteimitglieder sind. Diese ernannten Führungskräfte bleiben in der Regel ihren Vorgesetzten gegenüber loyal, selbst wenn die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger*innen verletzt werden.

Wirtschaftliche Entwicklung durch Investitionen

Suluhu Hassan glaubt an wirtschaftliche Entwicklung durch Förderung von ausländischen Investitionen. Sie versucht westliche Länder als Investoren für Tansania zu gewinnen.

Auch Tansania ist von Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder betroffen. Entscheidend ist, ob sie es schafft, dieses Problem zu lösen. Die Veränderung kann nur dann erfolgreich

sein, wenn es der amtierenden Partei gelingt, sich selbst zu erneuern.

Die Sicherheit Tansanias vor Terrorismus und religiösen Extremist*innen ist ein weiterer Bereich, der Beachtung finden sollte. Einige der religiösen Führer („Shekhe“) aus dem vorwiegend muslimisch geprägten Sansibar sitzen ohne Prozess im Gefängnis. Religiöse Kämpfe sind in Tansania zwar nicht offen ausgetragen worden, trotzdem entstand für einige Muslim*innen der Eindruck, dass die frühere Führung unter Präsident Julius Nyerere ihre Freiheit und Rechte untergraben hat.

Erwartungen für die Zukunft

Es besteht die Hoffnung, dass Suluhu Hassan die Tansanier*innen besser führen wird und die Ressourcen des Landes besser verwalten wird, weil sie auf eine gewaltfreie Sprache achtet und den Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Meinung zu einer Reihe von Themen, einschließlich Steuern, zu äußern. Wenn das Land eine neue Verfassung verabschiedet, wäre das ein historisches Ereignis, dass das Einparteiensystem beenden würde, aber diese Veränderungen sind aufgrund der politischen Ideologie, die seit jeher auf die Zentralisierung der Staatsmacht hinauslief, unwahrscheinlich.

Da Suluhu Hassan auch für die nächsten Wahlen des Landes kandidieren wird, werden sowohl die innere Sicherheit als auch die Verbesserung der Wirtschaft ihre Hauptagenden sein.

Dieser Artikel ist erstmals in deutscher Sprache im SADOCC-Magazin, INDABA, für das Südliche Afrika – Ausgabe 110/21, Seite 19 bis 20 erschienen.

Weiterführende Informationen finden Sie unter: www.sadocc.at

Freiheit! – Freiheit?

Der Begriff Freiheit wird auch in Zusammenhang mit der Corona-Situation immer wieder verwendet. Doch was bedeutet er eigentlich und worauf ist beim Gebrauch zu achten?

„Freiheit“ ist – zumindest in der Neuzeit – zu einem Kernthema im Selbstverständnis des Menschen avanciert. Der Begriff hat mächtige Wirkungen entfaltet: Er hat die Individualität der menschlichen Person hervortreten lassen, den Begriff der Menschenwürde neu begründet und die Struktur der sozialen Beziehungen und Institutionen grundlegend verändert. Doch was bedeutet „Freiheit“ eigentlich? Formal kann Freiheit beschrieben werden als Zustand, keinem Zwang zu unterliegen, sowie unabhängig Ziele setzen und Mittel wählen zu können.

Auf einer tieferen Ebene meint Freiheit aber auch die Selbstbestimmung des Menschen im Verhältnis zu seiner Mit- und Umwelt sowie hinsichtlich seines eigenen Wesens und die Fähigkeit zu dessen Verwirklichung. Darüber hinaus bleibt es aber schwierig Freiheit eindeutig zu definieren, weil der Begriff sehr unterschiedliche Bedeutungszusammenhänge umfasst: So besagt etwa der Begriff der *politischen* Freiheit, dass ein Gemeinwesen nach innen zur eigenständigen Setzung von Rechtsnormen, nach außen zur Selbstverteidigung fähig ist. Politische Freiheit zielt also auf die Beendigung oder wenigstens Eingrenzung der Macht (und also Freiheit) von Stärkeren ab. *Sittliche* Freiheit besagt dagegen, dass der einzelne Mensch sich selbst in ein Verhältnis zu naturalen Kausalitäten und sozialen Konsensregeln setzen und dementsprechend nach vernünftigen und sittlichen Grundsätzen handeln kann. Sie zielt ab auf die Befreiung von Determiniertheiten durch numinose Mächte, Naturgewalten oder natürliche Triebkräfte. Schließlich gibt es eine *transzendente* Ebene von Freiheit, auf der es darum geht, Freiheit prinzipiell allen menschlichen Subjekten zuzusprechen und die eigene Freiheit auf diese Tatsache zu bezie-

hen, darin zu begründen und zugleich einzugrenzen.

Bereits an dieser Stelle fällt auf, dass der Freiheitsbegriff in der philosophischen Tradition zwar einerseits auf die Befreiung von äußeren Zwängen abstellt, zugleich aber nicht ohne Eingrenzungen und Rahmensetzungen auskommt. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass diese Einschränkungen dem menschlichen Subjekt nicht von außen aufgezwungen, sondern von diesem aufgrund eigenen Vernunftgebrauchs, sittlicher Überzeugung und/oder (formal-)logischer Einsicht anerkannt werden. Die Tatsache, dass Freiheit zwar theoretisch, aber praktisch niemals absolut und als nur individuelle Kategorie gedacht und realisiert werden kann, hat mit der wesenhaften Sozialität der menschlichen Person zu tun: Die menschliche Existenz ist konstitutiv verwiesen auf, abhängig von und begrenzt durch andere Menschen.

Freiheit von ...

Dieser Zusammenhang scheint in aktuellen Freiheitsdiskursen (etwa im politischen Kontext der Covid19-Pandemie aber auch in anderen Themenfeldern wie Wissenschaft und Kunst, Wirtschaft und Migration, Suizidbeihilfe und Lebensschutz) oftmals unterbelichtet zu sein: Freiheit wird häufig nur noch subjektiv als (Wahl-)Freiheit im Sinne der Abwesenheit von äußerem Zwang verstanden. Einem rein individualistischen Verständnis zufolge gilt der Mensch dabei als Monade mit potentiell unbegrenzter Freiheit, für welche die anderen Menschen nur als Grenze der eigenen Ausdehnung erscheinen, nicht aber als konstitutive Bedingung zur eigenen Selbstentfaltung. Vor diesem individualistischen Hintergrund erscheint menschliche Freiheit logischerweise stets als das Primäre, dem die Instituti-

Dr. Markus Schlagnitweit,
Direktor der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs)

onen des Rechts, des Staates, aber etwa auch der Religion oder der faktenbasierten Wissenschaften lediglich von außen – eingrenzend und beschränkend – gegenüberstehen, die folglich in ihren die subjektive Freiheit begrenzenden Funktionen und Einflusssphären möglichst minimiert werden müssen.

Freiheit für ...

Diese Institutionen konstituieren sich – zumindest von ihren historischen Wurzeln her – aber gerade als Werkzeuge eines ganz anderen – nämlich objektiven – Freiheitsbegriffs, der auf die Erreichung und Verwirklichung einer dem Menschen eigenen, von seiner subjektiven Willkür unabhängigen Bestimmung abstellt. Freiheit meint hier nicht Freiheit von äußerem Zwang, sondern Freiheit für die Verwirklichung der eigenen Bestimmung. Die gesellschaftlichen Institutionen schränken durch die Etablierung bestimmter Ordnungen (z. B. Verfassung), Normen (z. B. Bildungsziele) und Pflichten (z. B. Steuer-, Beitrags- oder Schulpflicht) zwar die subjektiven Freiheiten ein, rechtfertigen das aber gerade als Ermöglichung und Absicherung der Verwirklichung der Ziele und Inhalte des genannten objektiven Freiheitsbegriffs.

Moderne pluralistische Gesellschaften geraten damit aber vor ein gravierendes Problem: Sie entbehren einer allgemeinen Verbindlichkeit und Gewissheit über die objektive Bestimmung des Menschen. An deren Stelle treten einander ablösende bzw. parallel bestehende Menschenbilder unterschiedlicher ideologischer und religiöser Provenienz. Eine Lösung für dieses Problem kann nun aber nicht in einem Gegeneinander-Ausspielen von subjektivem und objektivem Freiheitsverständnis auf Kosten des jeweils anderen gefunden werden, sondern nur in deren Vermittlung. Diese aber ist kein

einmalig-punktuellem Vorgang, sondern ein immer wieder neu und diskursiv zu führender öffentlicher und politischer Prozess zur Etablierung allgemein anerkannter Normen.



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

B. Hausbichler: Der verkaufte Feminismus. Wie aus einer politischen Bewegung ein profitables Label wurde.

Residenz Verlag, Salzburg – Wien 2021, 219 Seiten.

Der Marktkapitalismus macht sich den Feminismus zunutze, denn hinter diesem Begriff steckt oft Selbstoptimierung, Selbstdarstellung und Konsum. Der Feminismus verkommt oder wird zur Marke. Weg von politischen Forderungen für alle, hin zur Arbeit an und für sich selbst. Die Autorin zeigt die Gefahren und das Risiko für die politische Bewegung auf. Für jene Frauen, die einer starken Diskriminierung ausgesetzt sind (Schwarze Frauen, intersexuelle Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Lesben, Transfrauen) ändert sich nichts. Die sozialen Medien haben einen großen Einfluss. Feminismus auf Quote und Klicks optimiert. Frauennetzwerke erweisen sich als trügerisch. Was hat es mit diesem Hype auf sich? Dem ist die Autorin auf der Spur.

I. Brodnig: Einspruch! Verschwörungsmethoden und Fake News kontextuell – in der Familie, im Freundeskreis und online.

Brandstätter Verlag, Wien 2021, 158 Seiten.

Wenn uns die Corona-Pandemie etwas gelehrt hat, dann dies, dass eine sachliche Diskussion über dieses Problem

durch Verschwörungserzählungen, Falschmeldungen, Desinformationen, haltlose Gerüchte entweder verhindert oder zumindest erschwert wird. Das erfolgt aber nicht nur in sozialen Medien, sondern ist auch bei öffentlichen Demonstrationen von Impfgegner*innen auf Transparenten, Bannern, Fahnen, T-Shirts usw. ersichtlich. Wie kann man in solchen Diskussionen überzeugender auftreten? Wie kann ich meine Chance erhöhen, dass mein/e Gesprächspartner*in seine/ihre Argumente (Mythen) zu hinterfragen beginnt? Die mit diesen Themen vertraute, erfahrene Journalistin Ingrid Brodnig, gibt in ihrem Buch Empfehlungen, die in Diskussionen im Freundes- oder Familienkreis behilflich sind. Hinweise für die strategischen Diskussionen sowie Tipps zum Erkennen, wer tatsächlich über eine Expertise verfügt. Eine in der Praxis absolut verwertbare Lektüre.

Die Armutskonferenz, Attac und Beigewum (Hg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten.

bahoe books, Wien 2021, 250 Seiten.

In diesem Sammelband werden von unterschiedlichen Autor*innen die Auswirkungen einer klimasozialen Politik in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen untersucht, wie durch Klimapolitik eine sozial gerechtere Gesellschaft erreicht werden kann. Es stehen nicht mehr Fragen des Wirtschaftswachstums oder der wirtschaftlichen Effizienz im Vordergrund. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Der erste Abschnitt ist der Klimapolitik in Österreich gewidmet. Der zweite Teil behandelt die Frage, wie eine klimasoziale Gesellschaft aussehen kann und welche Schritte dahin führen können. Das betrifft vor allem folgende Politikfelder: Geschlechtergerechtigkeit, Migration, Armut, Ungleichheit, Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Pflege, Lohnarbeit, Budget- und Steuerpolitik, Industrie, Handel, Rohstoffe und das Finanzsystem. Das Buch versteht sich als Anstoß zur weiteren Debatte.

Von Hunden und Menschen



Vor kurzem ist ein junger Hund bei mir eingezogen, was ungut fürs Klima ist (sie kriegt im Gegensatz zu mir andere Tiere zu essen), aber gut fürs Gemüt. Neulich nicht, da erwischte ich sie dabei, wie sie sich durch den morschen Zaun in die Freiheit wurschteln wollte. Ich packte sie am Halsband und schimpfte, sie war enttäuscht von mir. Da musste ich an den Freiheitsdrang der Leute denken, die gerade in Massen durch die Innenstädte „spazieren“.

Es gehört sich nicht, Menschen mit Tieren zu vergleichen, aber ich liebe das Hündchen, trotz der Ausbruchversuche. Seit ich sie habe, weiß ich, was ein Spaziergang ist. Pflegekräfte anzuschreien und Politiker*innen mit dem Tod zu bedrohen gehören nicht dazu. Der Hündin reichen ein paar Kilometer auf einsamen Wegen. Am liebsten ohne Leine, was ich ihr gerne zugestünde, könnte sie es sich verkneifen, das örtliche Federvieh zu stauben.

Wir alle wären gern von Maske, Tests und Impfung befreit. Wir hätten uns die Freiheit verdient! Nun ist es so, dass die Hündin den Zusammenhang zwischen ihrer Leine und dem Wohlergehen der Fasane nicht versteht. Ehrlich, ich hab's ihr zu erklären versucht. Von meinen Mitmenschen muss ich mehr erwarten, immerhin dürfen sie wählen, Autofahren, Bier trinken, lange aufbleiben und Kinder kriegen. Maulkörbe verpasst uns niemand, die sozialen Medien sind rund um die Uhr offen für unser aller Ansichten.

Während des Errichtens eines neuen Zaunes dachte ich darüber nach, dass die Pandemie-Negierer traurig sein werden, sollte die Seuche jemals eingedämmt sein. Durch ihre „Spaziergänge“ scheinen sie die Ursache ihrer Erregung absichtlich am Leben zu erhalten. So, als würde die Welpin lernen, selbst die Türglocke zu bedienen, die sie so aufregt.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Monatstreff Pax Christi OÖ Spieleabend

Die Tradition des *Spieleabends* wird weitergeführt.

Di., 1. März 2022, ab 18.30 Uhr
Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:
www.dioezese-linz.at/urbiorbi
☎ (0676) 87 76 60 00

Demokratie konkret leben – in Puchberg

Politisches Grundbildungs-
seminar in 4 Modulen –

Online- und Präsenzveranstaltungen
jeweils Fr., 4. März, 11. März,
18. März, 25. März 2022, ab 14 Uhr
Referentinnen:

Mag.^a Lucia Göbesberger
Katrin Pointner, BA

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg,
Puchberg 1, 4600 Wels
Information und Anmeldung:
☎ (07242) 47 537
www.schlosspuchberg.at

Monatstreff Pax Christi OÖ Gedenken an Franz und Franziska Jägerstätter

Di., 29. März 2022, 18.30 bis 20 Uhr
Referentin: *DDr.ⁱⁿ Erna Putz,*
Buchautorin

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:
www.dioezese-linz.at/urbiorbi
☎ (0676) 87 76 60 00

Besser (ver-)teilen – besser leben

Näheres siehe Seite 4.

Termin: Sa., 2. Apr. 2022, 9 bis 13 Uhr
Information: ☎ (0732) 7610 – 3251
sozialreferat@dioezese-linz.at

www.dioezese-linz.at/soziales

Anmeldung erforderlich:



Puchberg Kontrovers – Tausend Jahre sind ein Tag Wie gestalten wir die Zukunft?

Di., 29. März 2022, 19 bis 21 Uhr

Referent*innen:

Podium:

Univ.-Prof.ⁱⁿ PD DI.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ille C.

Gebeshuber

FH-Prof. PD DI Dr. Wolfgang Steiner

Moderation:

Mag.^a Lucia Göbesberger

*Leiterin der Abteilung Gesellschaft &
Theologie in der Diözese Linz*

Frei für Schüler*innen, Lehrlinge und
Student*innen

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg,
Puchberg 1, 4600 Wels

Information und Anmeldung:

☎ (07242) 47 537

www.schlosspuchberg.at

Brüssel – Sozialpolitische Studienreise

**Begegnung mit EU, Caritas Europa
und Einblicke in die Stadt**

Mi., 15. Juni 2022 abends bis

Mo., 20. Juni 2022 morgens

Verlängerungsmöglichkeit bis

Di., 21. Juni 2022 morgens

Reiseleitung:

Dr. Christoph Mülleder
(Weltanschauen)

Maria Zachhalmel, Bakk. Phil.
(Bildungshaus Schloss Puchberg)

Mag.^a Lucia Göbesberger
(Abteilung Gsellschaft & Theologie)

Information und Anmeldung:

☎ (0670) 607 1036

www.weltanschauen.at

Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen



Gesund für mich! Gesund für die Natur!

Die Mobilität ist nach wie vor eines unserer größten Umweltprobleme, die es zu lösen gibt: Ein Beitrag dazu ist Autofasten.

Autofasten von Aschermittwoch, 2. März bis Karsamstag, 16. April 2022

Autofasten heißt umweltfreundlich mobil zu sein und bewusst so weit wie möglich auf das Auto zu verzichten. Wenn wir uns entschließen, kurze Wege zu Fuß zurückzulegen, dient das der Umwelt und ermöglicht Begegnungen. Das Rad statt des Autos zu nutzen, kann die Bewegung bringen, die uns möglicherweise fehlt.

Seien auch Sie dabei, machen Sie auf unserer Webseite www.autofasten.at eine Selbsteinschätzung, wie viele Wege Sie umweltfreundlich zurücklegen: Fordern Sie sich selbst heraus!

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat,
Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Katholische Kirche
in Oberösterreich